



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 8. September 2015
(OR. en)

11752/15

FIN 591

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Kristalina GEORGIEVA, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	8. September 2015
Empfänger:	Herr Pierre GRAMEGNA, Präsident des Rates der Europäischen Union
Betr.:	Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. DEC 27/2015 innerhalb des Einzelplans III – Kommission – des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument DEC 27/2015.

Anl.: DEC 27/2015



BRÜSSEL, 03/09/2015

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2015
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL: 01, 21

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. **DEC 27/2015**

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL – 01 03 Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen

ARTIKEL – 01 03 02 Makrofinanzielle Hilfe

Verpflichtungen	-20 000 000,00
Zahlungen	-19 000 000,00

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL – 21 03 Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI)

POSTEN – 21 03 01 04 Unterstützung für den Friedensprozess und finanzielle Unterstützung für Palästina und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Verpflichtungen	20 000 000,00
Zahlungen	19 000 000,00

I. ENTNAHME

I.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

01 03 02 – Makrofinanzielle Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 26.8.2015)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	77 955 000,00	74 218 061,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00	0,00
2 Mittelübertragungen	0,00	0,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	77 955 000,00	74 218 061,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	0,00	23 029 806,20
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	77 955 000,00	51 188 254,80
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	57 955 000,00	32 188 254,80
7 Beantragte Entnahme	20 000 000,00	19 000 000,00
8 Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	25,66 %	25,60 %
9 Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00	0,00
2 Verfügbare Mittel am 26.8.2015	0,00	0,00
3 Ausführungsrate $[(1-2)/1]$	entfällt	entfällt

d) Begründung

Am 24. August 2015 betrug die Ausführungsrate der Mittel für Verpflichtungen bei dieser Haushaltslinie 0 %, während die Ausführungsrate bei den Mitteln für Zahlungen bei 31 % lag.

Gemäß früheren Prognosen wurden die Mittel für Vorhaben im Rahmen der Makrofinanzhilfe für Georgien (23 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) ausgezahlt, und für die Kirgisische Republik ist die Mittelausführung (15 Mio. EUR in Form von Finanzhilfen) im Jahr 2015 vorgesehen. Die Makrofinanzhilfeprogramme für Moldau und Armenien werden im Jahr 2015 jedoch vermutlich nicht zustande kommen.

Für Armenien: Ein Antrag der armenischen Behörden auf Makrofinanzhilfen ging im Februar 2013 ein und wurde im Februar 2014 erneuert. Das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) genehmigte im März 2014 ein Dreijahresprogramm über 125 Mio. USD und stellte eine Finanzierungslücke in Höhe von 100 Mio. USD fest, die durch Makrofinanzhilfen der EU gedeckt werden soll. Daher brachte die Kommission den entsprechenden Antrag im Haushaltsverfahren ein. Angesichts der Wirtschaftslage und der Fähigkeit Armeniens, externe Finanzierung zu erhalten (insbesondere durch die Ausgabe von Eurobonds in Höhe von 500 Mio. USD im März 2015), hält die Kommission die makroökonomische Stabilität derzeit jedoch nicht für bedroht und wird 2015 kein neues Makrofinanzhilfeprogramm für das Land vorschlagen. Die Kommission wird die Lage mit Blick auf einen eventuellen neuen Vorschlag ständig überwachen, der in den Jahren 2016-2017 Auswirkungen auf den Haushalt haben könnte.

Für Moldau: Ende 2013 und im Jahr 2014 erkundigte sich die moldauische Regierung nach der Möglichkeit eines neuen Makrofinanzhilfsvorhabens neben einem neuen IWF-Programm. Dies wurde entsprechend in den Haushaltsentwurf 2015 aufgenommen. Allerdings scheiterten die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem IWF Anfang 2014. Nach den Wahlen vom November 2014 geriet Moldau in einen Zustand der politischen Instabilität, der durch Regierungsumbildungen, eine Bankenkrise und das Abgleiten der Realwirtschaft in eine Rezession gekennzeichnet war. In diesem Zusammenhang wurden die geplanten Verhandlungen über ein neues IWF-Programm zweimal abgesagt. Die derzeitige Regierung, die Ende Juli 2015 gebildet wurde, hat die Verhandlungen über ein neues IWF-Programm wieder aufgenommen, das dem IWF-Exekutivdirektorium im November 2015 zur Genehmigung vorgelegt werden könnte. Sollten bei dem IWF-Programm deutliche Fortschritte erzielt werden, werden die moldauischen Behörden vermutlich förmlich Makrofinanzhilfe beantragen, was in den Jahren 2016-2017 Auswirkungen auf den Haushalt hätte.

Folglich können 2015 insgesamt 77 455 000 EUR an Mitteln für Verpflichtung (MfV) und 35 688 254 EUR an Mitteln für Zahlungen (MfZ) zur Deckung des dringenden Bedarfs bei anderen Haushaltslinien der Rubrik 4 wie folgt übertragen werden:

- 20 Mio. EUR an MfV und 19 Mio. EUR an MfZ für zusätzliche Unterstützung für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)
- 15 Mio. EUR an MfV und 15 Mio. EUR an MfZ für die humanitäre Hilfe in Südsudan
- der Restbetrag von 42 455 000 EUR an MfV und 1 688 254 EUR an MfZ für die Krise in Syrien und im Irak

II. AUFSTOCKUNG

II.1

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

21 03 01 04 – Unterstützung für den Friedensprozess und finanzielle Unterstützung für Palästina und das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

b) Zahlenangaben (Stand: 26.8.2015)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A Mittel des Haushaltsjahres (ursprünglicher Ansatz + BH)	286 500 000,00	218 104 163,00
1B Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0,00	0,00
2 Mittelübertragungen	13 500 000,00	46 800 000,00
3 Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	300 000 000,00	264 904 163,00
4 Inanspruchnahme der endgültigen Mittel des Haushaltsjahres	212 000 000,00	212 570 093,66
5 Nichtverwendete/verfügbare Mittel (3-4)	88 000 000,00	52 334 069,34
6 Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	108 000 000,00	71 334 069,34
7 Beantragte Aufstockung	20 000 000,00	19 000 000,00
8 Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	6,98 %	8,71 %
9 Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Buchstaben b HO, berechnet gemäß Artikel 14 AB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1 Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0,00	0,00
2 Verfügbare Mittel am 26.8.2015	0,00	0,00
3 Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Am 24. August 2015 betrug die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen der Haushaltslinie 21 03 01 04 100 %, während sie sich bei den Mitteln für Zahlungen auf 80 % belief.

Der bereits gebundene Betrag umfasst einen Beitrag zum Allgemeinen Fonds des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) in Höhe von 82 Mio. EUR. Aus dem Fonds werden essentielle Leistungen finanziert und die Gehälter von etwa 30 000 Lehrern, Ärzten und Sozialarbeitern in den Flüchtlingslagern bezahlt, die größtenteils selbst palästinensische Flüchtlinge sind.

Im Juni prognostizierte das UNRWA für 2015 trotz der seit 2012 ergriffenen Sparmaßnahmen ein Defizit des Fonds in Höhe von ca. 101 Mio. USD. Dank einiger außerordentlichen Beiträge, die vor kurzem vor allem von den Golfstaaten angekündigt wurden, konnte der Generalkommissar des UNRWA Pierre Krähenbühl den Beginn des Schuljahres 2015/2016 erklären (500 000 Schülerinnen und Schüler besuchen die 685 Schulen des Hilfswerks in Syrien, Jordanien, dem Libanon, dem Westjordanland und im Gaza-Streifen). In einer am 19. August veröffentlichten Erklärung wies Krähenbühl jedoch nochmals darauf hin, dass das Hilfswerk weitere 22 Mio. USD zur Schließung seiner Finanzierungslücke für 2015 und für die Bezahlung der 22 000 Lehrkräfte bis Ende des Jahres (d. h. das erste Schulvierteljahr) benötigt.

Bedroht sind auch die Nahrungsmittel- und Bargeldzuwendungen für die bedürftigsten Flüchtlinge und die Unterhaltung von 123 Gesundheitszentren.

Daher wird eine Aufstockung der Haushaltslinie 21 03 01 04 in Höhe von 20 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 19 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen beantragt, damit das Hilfswerk die Gehälter seiner 22 000 Lehrkräfte bezahlen, seine grundlegenden Leistungen bis Ende des Jahres aufrechterhalten und seinen wesentlichen Reformprozess (Vorruhestandsregelung, Ausgleichszahlungen für Personal usw.) weiterführen kann.

Die beantragten Mittel für Zahlungen machen 95 % der Mittelbindungen aus, die sofort bezahlt werden müssen. Die restlichen 5 % werden innerhalb von 12 Monaten ausbezahlt, d. h. im Rahmen des Haushalts 2016.

ANNEX: United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees (UNRWA)

UNRWA is the UN Agency established to look after the health, education and social protection requirements of 5.4 million Palestinian refugees. It provides services in 5 operational fields - Gaza, West Bank, Jordan, Syria and Lebanon.

UNRWA's funding depends almost entirely (95%) on voluntary contributions. The unpredictability of its cash inflows is therefore a big and continuous challenge, while the costs are fixed due to the constant amount of basic services provided.

UNRWA is currently working in perhaps the most challenging context since it began its operations in 1950. A number of factors have made Palestinian refugees more vulnerable and increasingly dependent on support from UNRWA. These include: the armed conflict in Syria (in particular in Yarmouk camp), its ramifications in Lebanon and Jordan, the deteriorating situation in the occupied Palestinian territory and the ongoing closure as well as the latest escalation of conflict in Gaza. These challenges are compounded by sharply deteriorating socio-economic conditions in the region, as the Palestinian refugee community is experiencing growing poverty, increasing vulnerability and continued infringement of basic human rights exposing them to further marginalization. Such situation may also have serious consequences in terms of overall stability in the region, **increasing pressure from migratory flows from Syria and the surrounding countries (even Gaza is now under pressure) as well as trends towards radicalisation.**

For 2015, the projected deficit for the General Fund of UNRWA amounts to around USD 22 million after taking into account the latest exceptional contributions received mainly from the Gulf countries. Despite the strict austerity measures it is imposing since 2012, the Agency has faced at least once this year a real prospect of not being able to pay its 30 000 staff on time, thus risking not being able to ensure the delivery of essential core services.

The annual agreed EU contribution EUR 82 million to the General Fund (from the European Neighbourhood Instrument bilateral allocation) along with contributions from other donors have sufficed to sustain service delivery only until August. UNRWA therefore faced a severe cash deficit at the end of summer, putting at risk the opening of the school year (685 schools benefiting 500 000 pupils in all 5 fields of operation). Thanks to the recent additional contributions, the Commissioner General Pierre Krähenbühl could declare the 2015/16 UNRWA school year open. However, in a Statement published on 19 August, he reiterated that the Agency is still missing sufficient funds to pay for the 22 000 teachers until the end of the year (first school quarterly term).

Funds covering the areas of health, relief and social services, sanitation and emergency assistance are also negatively affected by the overall deficit.

UNRWA has been going ahead with austerity measures to further reduce its chronic deficit, in particular through:

- A critical review of the Agency's class sizes with an increased class ceiling of 50 children per classroom, where possible. This would have a direct impact on the number teachers required. For the past few years, UNRWA has used a planning figure of between 40-45 children per classroom;

- A full recruitment freeze on posts financed by the General Fund with exception of posts critical for direct service delivery;
- A review and radical reduction of international consultancies financed by the General Fund.

Even after these measures, it would still require urgent support to cover the remaining USD 22 million deficit. A letter in this regard co-signed by UNRWA Commissioner General Krähenbühl and Jordanian Deputy Prime Minister and Foreign Minister Judeh has been sent to the attention of the President of the European Parliament Schulz and the High Representative/Vice-President Mogherini.

In response, a reinforcement of EUR 20 million in commitment appropriations is proposed to cover the projected deficit, allowing the Agency to:

- Secure the payment of the 22 000 teachers in all schools in Syria, Jordan, Lebanon, West Bank and Gaza until the end of the year;
- keep its basic services running (namely education, health facilities and social safety net for the most vulnerable Palestinian refugees) until the end of the year;
- carry on its crucial reform process (early retirements, financial compensation for staff, etc.).

Out of this amount, 95% will be paid immediately equalling EUR 19 million in payment appropriations, which is therefore required. The remaining 5% will be paid within 12 months, i.e. under the 2016 budget.